

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 745 im Vereinsregister Aue, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 3/2004

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Prof. Virchowstr. 8, 08280 Aue, Tel. 0371-832 173, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de **Aue, 06. Juni 2004**
Spendenkonto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00
Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 100 € (!) zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder



Ich gebe ja zu: ich hatte nicht damit gerechnet, dass sich Richterin Keim am Verwaltungsgericht Chemnitz zu einem umweltfreundlichen Urteil im Klageverfahren gegen den 50-Hektar-Steinbruch Mühlau durchringt. Aber dass sie bei den Zuhörern einen so deutlichen Eindruck fehlender Neutralität hinterließ

empörte nicht nur die vielen anwesenden Bürger, Kommunalvertreter und den Verein gegen Gesteinsabbau in Mühlau. Selbst dem Prozessbevollmächtigten der Stadt Burgstädt platzte nach einigen Stunden Geduld der Kragen.

Man mag ja über den Steinbruch denken, wie man will. Wenn aber von einer Richterin Argumente nicht angehört, sondern gelegentlich mit arrogant klingenden Bemerkungen vom Tisch gewischt werden, kann selbst ein gutwilliger Beobachter nicht von einem gerechten Prozeß sprechen. Der würde zum Einen aufmerksames Zuhören bei den Argumenten **b e i d e r** Seiten, zum Anderen den deutlich erkennbaren Willen zum Interessenausgleich erfordern.

Nicht zum ersten Mal ließ die Vorsitzende Richterin diesen Willen scheinbar vermissen. Nun wurden ihr Grenzen gezeigt. In unserem Beitrag auf S. 4 lesen Sie mehr darüber.

Manchmal zahlt sich der konsequente Widerstand gegen einen Steinbruchartrag ganz unspektakulär aus: Mag ja sein, dass das Hartgestein in Taura und Claußnitz wirklich zu tief liegt. Aber ich bin sicher: Ein klein wenig (ein Schelm wer Böses dabei denkt) hat der Aufstand eines kleinen Dorfes im Osten der Chemnitzer Region der Entscheidung der Sandwerke Biesern GmbH vielleicht doch nachgeholfen: Das Unternehmen wird weder „Hugo“ noch „Bernd“ abbaggern. Wie sagte doch schon der Fuchs, als ihm die Trauben zu hoch hingen? „Die sind sowieso viel zu sauer!“

Viele Grüße

Ihr Ulrich Wiela

Inhalt:

- | | |
|--|------|
| 1. Lacomaer Teiche bedroht | S.2 |
| 2. Bürgerinitiative Mühlau wird 12 | S.3 |
| 3. Befangenheit bei Steinbruch Windberg | S.4 |
| 4. Taurer Schatz zu tief vergraben | S.4 |
| 5. Netzwerke sind die Zukunft | S.5 |
| 6. EU-Parlament fordert verschärfte Regeln für Bergbauschutt | S. 6 |
| 7. Behandelten Giftmüll besser unter Tage deponieren | S. 6 |
| 8. Einladung zur Tagung Erfolgreiche Umweltkommunikation im Internet | S.7 |
| 9. Handys gesucht | S. 8 |
| 10. Foundrising und Finanzmanagement | S.8 |

Termine :

- 1. Freitag, den 10. Juni 2004,** 19.00 Uhr Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt, Gaststätte "Zur scharfen Ecke", Naumanns Gasthof, Am Marktplatz,
- 2. Samstag, 11. Juni 2004,** Tagung Erfolgreiche Umweltkommunikation im Internet – s. Beitrag auf S. 7
- 3. Freitag, den 20. August 2004,** 19.00 Uhr Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt, Gaststätte "Zur scharfen Ecke", Am Marktplatz,

1. Lacomaer Teiche bedroht

Liebe Leute!

Der Landessprecherrat der Grünen Liga Brandenburg e.V. hat beschlossen, gegen die Untätigkeit der Behörden im Falle der Vernichtung der Lacomaer Teiche durch den Energiekonzern Vattenfall mit einer Klage vorzugehen.

Bedingung ist, dass es gelingt, die fehlenden Klagekosten (insgesamt fehlen etwa 3500 Euro) schnellstmöglich aufzubringen. Ich bitte jeden Leser dieser Mail, darüber nachzudenken, ob er evtl. mit einer kleinen zweckgebundenen Spende helfen kann.

Zu den Hintergründen:

Das Lacomaer Teichgebiet Die Lacomaer Teiche sind das größte Vorkommen der von der EU streng geschützten Rotbauchunke (ca. 5000 Stück) Brandenburg und im letzten Jahr auch durch den Nachweis einer stabilen Population des streng geschützten Eremiten-Käfers bekannt geworden. Doch daneben gibt es mehr als hundert weitere bedrohte Arten und hohe kulturhistorische Bedeutung der jahrhundertealten Teichlandschaft. Das Dorf Lacoma hat sich zu einem kreativen Künstlerdorf entwickelt, das wichtige Impulse für die Cottbuser Region gibt. All das soll dem Braunkohletagebau Cottbus Nord geopfert werden.

bisherige Klageverfahren

Versuche der Grüne Liga Brandenburg, die ohne Prüfung der Umweltverträglichkeit erteilte bergrechtliche Genehmigung für das Abbauvorhaben gerichtlich zu stoppen, sind durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes 2002 gescheitert. Dabei wurde aber gleichzeitig klargestellt, dass die bergrechtliche Rahmenezulassung keinerlei Konzentrations- oder Genehmigungswirkung besitzt, dass also nach Wasserrecht und Naturschutzrecht erst noch zu entscheiden ist !

aktuelle Verfahren

Dazu soll ein derzeit laufendes Planfeststellungsverfahren dienen, dass die Beseitigung der Gewässer und die Aufhebung des LSG-Status zum Ziel hat. Nach lang anhaltenden Protesten und einer EU-Beschwerde der Umweltverbände hat das Land Brandenburg vor einigen Monaten die Lacomaer Teiche als Vorschlagsgebiet nach der FFH-Richtlinie gemeldet. Damit sollte aber offenbar nur eine "Rechtsunsicherheit" vermieden werden, denn jetzt wird doch die Abbaggerung vorbereitet. Das ist nicht logisch, sondern nur juristisch und politisch zu verstehen: Es wird zugegeben, dass da was zu schützen ist, gleichzeitig aber die EU um Aufhebung dieses Schutzstatus gebeten, weil "übergeordnete Interessen des Allgemeinwohls" (also der Profit von Vattenfall) dem Schutz der Landschaft vorgehen. Als "Ersatzmaßnahme" wird die Umsiedlung der Population der Rotbauchunke in die Spreeaue vorgesehen. Unter Experten ist allerdings umstritten, ob das überhaupt funktionieren kann. Die anerkannten Naturschutzverbände haben ihre fachliche und rechtliche Kritik an dem Vorhaben in einer 24seitigen Stellungnahme fundiert dargestellt.

rechtswidrige Beeinträchtigungen des Gebietes

Durch verschiedene Tagebauvorbereitungen wird jedoch schon vor Abschluss des Verfahrens das geschützte Gebiet empfindlich beeinträchtigt:

- die Grundwasserabsenkung des Tagebaus reicht weit in das Gebiet hinein
- eine Dichtwand riegelt das Gebiet mehr und mehr vom Grundwasserzustrom ab, die Baustelle dieser Dichtwand beeinträchtigt derzeit ganz akut auch nördlich gelegene Schutzgebiete.
- einzelne Teiche werden mit ungereinigtem Grundwasser gefüllt, bei anderen wurde bereits der Zulauf beseitigt.
- Im Ort Lacoma wurden bereits Häuser abgerissen, um die noch gar nicht genehmigten Entwässerungsanlagen vorzubereiten. Das war in letzter Zeit wiederholt Gegenstand in Medienberichten, es kam zu gewaltsamen Räumungen durch die Polizei, Hungerstreik usw.

Diese Aktionen sind unserer Auffassung nach illegal, weil

- Lacoma in einem Landschaftsschutzgebiet liegt und die Naturschutzverbände bei derart gravierenden Eingriffen in LSG anzuhören sind, d.h. es gibt dafür entweder keine oder nur eine rechtswirksame Genehmigung,
- Die Zerstörung der Teiche das Beseitigen eines (oder gar mehrerer) Gewässers eine Planfeststellung erfordert - die dafür erforderlichen Unterlagen sind aber noch im Verfahren, d.h. es liegt kein rechtswirksamer Beschluss vor, die Teiche DÜRFEN (noch) nicht zerstört werden.
- Laut FFH-Richtlinie kann ein FFH-Gebiet aufgehoben werden, wenn da Wichtigeres zu tun ist - aber Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen müssen ZUVOR abgeschlossen und deren Erfolg nachgewiesen sein. Und erst drei Jahre nach erfolgter Umsiedlung der Rotbauchunke könnte festgestellt werden, ob die Aktion Erfolg hatte oder nicht. Dass diese Probleme durch Vattenfall und zuständige Landesstellen nicht rechtzeitig erkannt und in Angriff genommen wurden, darf nun nicht zu den gesetzwidrigen Handlungen führen, die derzeit dort abgehen.

Wir brauchen jetzt Eure Hilfe

Alle Hinweise der GRÜNEN LIGA an die zuständigen Behörden bezüglich des illegalen Tuns von Vattenfall blieben bisher ohne Ergebnis. Erst zum Jahresende wird ein gerichtlich anfechtbarer Planfeststellungsbeschluss vorliegen, der das Zerstören der kulturhistorisch wertvollen Teichlandschaft besiegeln wird. Diesen Beschluss noch anzufechten, könnte aber zu spät sein, wenn vorher nicht das Schaffen von Tatsachen durch unwiederbringliche Schädigungen des Gebietes verhindert wird. Wir haben daher beschlossen, die uns noch zur Verfügung stehenden, für einen Prozess in Zusammenhang mit den Braunkohletagebau in der Lausitz zweckgebundenen Spendengelder JETZT einzusetzen, um mit einer Unterlassungsklage und einem Eilverfahren (nur so ist aufschiebende Wirkung, also ein sofortiger Baustopp erreichbar) noch zu retten,

was zu retten ist. Es gibt bereits Finanzausgaben aus dem Umfeld von Lacoma, aber auch die reichen noch nicht. Wir sind daher dankbar für jeden Euro, der uns noch zugehen würde.

Spendenkonto:
VR Bank
Bankleitzahl: 180 626 78
Kontonummer 1000 55 000
Stichwort: Lacomaer Teiche
Weitere Informationen zu Lacoma enthält regelmäßig die Homepage
www.lacoma.de.

Mit grünen Grüßen
Heinz-Herwig Mascher
Landesvorsitzender Grüne Liga Brandenburg e.V.

2. Bürgerinitiative Mühlau wird 12

Ist es tatsächlich schon so lange her, werden sich viele fragen. Ja! Doch eigentlich begann die Angelegenheit noch etwas früher. Denn schon 27.8.1990 stellte die Firma Werner Vieweg Sandgrube und Transporte bei der Bezirksverwaltungsbehörde Chemnitz einen Antrag auf Erteilung des Gewinnungsrecht an Granitvorkommen auf dem Mühlauer Windberg. Schon einen Monat später wurde am 27.09.1990 das Gewinnungsrecht am Bodenschatz erteilt. Erst danach erfuhren die Landeigentümer und die Gemeindeverwaltung vom Vorhaben Herrn Viewegs. Nach Überleitung des Gewinnungsrechts durch das Bergamt Chemnitz (07.10.1991) in eine Berechtigung nach § 8 BbergG, bei der zugleich das Gewinnungsrecht bis zum 21.12.2020 befristet worden ist, wurde an die Eigentümer mit Kaufangeboten herangetreten. Spätestens als Herr Vieweg zusammen mit Herrn Nitzsche (ehemals Firma Nitzsche und Weiß) die Eigentümer der vom Gesteinsabbau betroffenen Flächen zu einem Gespräch bat und Probebohrungen stattfanden, war wohl allen der Ernst der Lage bewusst. Anfang 1993 formierten sich die Bürgerinitiativen aus betroffenen Landeigentümern und Anliegern, sodass wir auf 10 Jahre nur kurz Rückschau halten wollen, weil ein Ende noch nicht abzusehen ist und die sich heute stellenden Probleme gelöst werden müssen.

Bürgerversammlung

Als am 2.3.1994 das Vorhaben „Granulitabbau am Windberg Mühlau“ vom Planungsbüro TABERG GmbH im Landgasthof Linde für die Firma Sand- und Splitterwerke GmbH Mühlau im Beisein von Herrn Vieweg vorgestellt wurden, war der Saal bis auf den letzten Stehplatz voll besetzt. Einhellig wurde das Vorhaben abgelehnt. Zunächst sicher eher aus den Überlegungen heraus: Wozu brauchen wir das, wenn es umliegend genügend Steinbrüche gibt. Mehr Lärm und Staub als durch die B 95 brauchen wir nicht! Und warum sollen eigentlich Drei- bzw. Vierseitenhöfe ihrer Ackerflächen verlustig gehen?

Scoping und Planfeststellungsverfahren

Am 15.06.1994 wurde der Scopingtermin in Vorbereitung des zu erwartenden Planfeststellungsverfahrens durchgeführt. Dabei wurde bekannt gegeben,

dass auf Grund der flächenmäßigen Ausdehnungen des 41,45 Hektar großen Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu erstellen ist. Nach Einreichung des Rahmenbetriebsplanes –RBP– durch die Firma Werner Vieweg Sandgruben und Fuhrgeschäft leitete das Sächsische Oberbergamt das Planfeststellungsverfahren ein. Die betroffenen Landeigentümer, Anlieger im angrenzenden Wohn- und Gewerbegebiet, sowie Träger öffentlicher Belange hatten im Anhörungsverfahren nach der Auslegung des Rahmenbetriebsplanes die Möglichkeit, Einwendungen bzw. Stellungnahmen vorzubringen. In diesem Verfahrensstadium leisteten wir vor allem Hilfestellung bei der Erfassung der individuellen Anliegen und der Formulierung für alle, die mit solchen Dingen nicht alltäglich befasst sind. Wer hat mehr als einmal mit einem Planfeststellungsverfahren in seinem Heimatort zu tun, fragten wir uns damals. In Sachen Autobahn sollte es die Gemeinde, wie allseits bekannt, jedoch noch einmal heimsuchen.

Erörterungstermin

Die Erörterung der Einwendungen fand am 1. und 02.10.1997 in Penig statt. Neben den Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden sowie Trägern öffentlicher Belange wurden im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung 1426 Einwendungen eingebracht. Angesichts der überwiegenden Zahl der Einwendungen Mühlauer Bürgerinnen und Bürgern wird deutlich, was von den Mühlauern, der Bürgerinitiative und der Gemeindeverwaltung vor diesem Termin zu bewältigen war. Damit auch eine fachgerechte Vertretung im Erörterungstermin bei Akteneinsichtnahme sowie Stellungnahmen der Eigentümer gegeben war, wurden Fachanwälte für Verwaltungsrecht mit der Wahrnehmung einer Vielzahl von Aufgaben sowohl für die Bürgerinitiative als auch in begründeten Einzelfällen für Landeigentümer und Pächter betraut, welche aus Spenden von Bürgern und Firmen finanziert wurden. Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.11.2001 wurde das Vorhaben zum Neuaufschluss Granulitsteinbruch Windberg/Mühlau unter Auflagen, die zu einem großen Teil die Mühlauer Bürger und Gewerbetreibenden mit der Gemeindeverwaltung erkämpft haben, trotzdem genehmigt.

Klagen

Weil aber landwirtschaftliche Flächen vernichtet werden sollen, obwohl Steinbrüche der Umgebung nicht ausgelastet sind, ein landwirtschaftlicher Betrieb in seiner Existenz bedroht sein könnte, die Bedenken hinsichtlich Geräusch-, Staub- und Erschütterungsimmissionen sowie Verkehrsgefährdung und Beeinträchtigung der Umwelt, der Brunnen- und Wasserfassung nicht völlig ausgeräumt werden konnten und das Eigentum der Landeigentümer betroffen ist, sind fristgemäß von drei Landeigentümern, zwei angrenzenden landwirtschaftlichen Betrieben und einem Anlieger Klagen, die als Musterverfahren dienen sollen, beim Verwaltungsgericht Chemnitz erhoben worden. Unsere Bürgerinitiative, die im Netzwerk gegen den Gesteinsabbau mitarbeitet, welches unter dem Dach der Grünen Liga mit anderen Naturschutzverbänden gemeinsam beheimatet ist, unterstützt diese Musterverfahren durch ihre Mitarbeit und insbesondere auch durch

ihre Mitarbeit und insbesondere auch durch die Organisation von Spenden. Auf Grund der Komplexität des Verfahrens und des speziellen Rechtsgebietes „Bergrecht“ ist es auch weiterhin erforderlich, dass ein Fachanwalt von den Klägern mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt ist. Außerdem haben die Stadt Burgstädt und die Gemeinde Mühlau, sowie die Firma Würschinger Klage eingereicht. Über unser weiteres Vorgehen und Neuigkeiten (wenn es zum Beispiel zu Gerichtsterminen kommt) werden wir sie ... informieren. Für die Finanzierung der Anwaltskosten dieser Musterverfahren, die im Interesse einer Vielzahl von Betroffenen geführt werden, können Spenden auf das nachfolgend genannte Konto eingezahlt werden. Das Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V. stellt über den gespendeten Beitrag eine Spendenquittung aus.

Kto-Nr. 3850516325

KSK Aue-Schwarzenberg, BLZ 870 560 00,
(Bitte Name, Adresse und „Mühlberg“ im Verwendungszweck eintragen.)

3. Befangenheit bei Steinbruch Windberg

Befangenheitsantrag legt Verhandlung über Klage der Gemeinde gegen Planfeststellungsbe- schluss des Oberbergamtes vorerst auf Eis

Aus Freie Presse, 12.5.04: Von Rita Türpe,
Chemnitz/Mühlau

Wie der Streit der Gemeinde Mühlau gegen den Freistaat Sachsen wegen des geplanten Steinbruchs am Windberg ausgeht ist weiter offen. Die Gemeinde hatte gegen den Planfeststellungsbeschluss des Oberbergamtes Freiberg zugunsten der Firma Werner Vieweg Sandgruben und Fuhrge- schäft geklagt, weil sie sich durch die erteilte Ab- baugenehmigung in ihrer kommunalen Planungs und Finanzhoheit beeinträchtigt sieht. Zudem macht sie Verfahrensfehler geltend. Der erste Verhand- lungstermin vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz brachte gestern allerdings noch keine richterliche Entscheidung.

Grund war ein Befangenheitsantrag, den der Pro- zessbevollmächtigte der Gemeinde gegen die Rich- ter der zweiten Kammer stellte. Über diesen muss nun die erste Kammer befinden, bevor die Verhandlung zu einem noch ungeklärten Termin weitergeführt wird. Begründet wurde der Antrag damit, dass die Gemeinde keine Gelegenheit hatte, Ausführungen zur Zulässigkeit ihrer Klage sowie zu ihren Beweisanträgen zu machen.

Gegen den geplanten Abbau von Gestein zur Her- stellung von Schotter und Split auf einem rund 50 Hektar großen Bewilligungsfeld hatten Bürger, die Bürgerinitiative gegen den Gesteinsabbau sowie die Kommune verschiedene Klagen angestrengt. Gestern ging es allerdings nur um den Einspruch der Gemeinde gegen den Planfeststellungsbe- schluss des Sächsischen Oberbergamtes Freiberg und damit gegen die Genehmigung des Abbaus. In der Verhandlung hob die Vorsitzende Richterin Carola-Julia Keim hervor, die Prüfung der vorliegen- den Unterlagen durch die Kammer habe ergeben, dass die Gemeinde gar nicht klagebefugt sei. Mehr-

fach bemängelte sie die zu geringe Substanz der Klagebegründung. So habe die Gemeinde keine eigene konzeptionelle Planung darlegen können. Zukünftige Beeinträchtigungen der Gemeinde in fi- nanzieller Hinsicht seien ebenfalls nicht wirklich be- legt. Lediglich Befürchtungen ins Feld zu führen, genüge nicht, meinte sie.

Besonders empörte Gesichter gab es bei vielen Mühlauern, die die Verhandlung verfolgten, über die Bemerkung der Richterin, dass es nicht zwingend am bergbaulichen Aspekt liegen müsse, wenn Fir- men ihre Tätigkeit beenden oder einschränken. Verfahrensfehler beim Planfeststellungsbeschluss ließ das Gericht ebenfalls nicht gelten. Erheblich sei lediglich, ob die Gemeinde stets rechtzeitig informiert war. Da sie zum Erörterungstermin vertreten war und dort auch ihren Standpunkt darlegte, sei das offensichtlich der Fall gewesen, hieß es. Weite- re Beweisanträge lehnte das Gericht ab.

„Das ist doch keine Art und Weise der Verhand- lungsführung,“ zeigte sich Mühlau Bürgermeister Frank Rüger (parteilos) gestern Mittag ent- täuscht. Wir können nur hoffen, dass zum nächsten Verhandlungstermin die Belange der Gemeinde, der Bürger und Firmen besser zu Gehör gebracht werden können“, schlossen sich Stefan Wetzel und weitere Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den Gesteinsabbau dieser Meinung an.

4. Tauraer Schatz zu tief vergra- ben

Bergbaufelder "Bernd" und "Hugo" in Taura und Markersdorf sind passé

Freie Presse vom 11.Mai 2004

"Hugo" und "Bernd" adé

Taura/Claußnitz/Freiberg. Die Sandwerke Biesern GmbH wollen auf den Abbau der Bergwerksfelder "Hugo" im Claußnitzer Ortsteil Markersdorf und "Bernd" in Taura (Kreis Mittweida) verzichten. Das gab das Sächsische Oberbergamt Freiberg gestern nach Erkundungsbohrungen in den Gebieten be- kannt. "Die geologischen Untersuchungen brachten aus Sicht des Unternehmens enttäuschende Ergeb- nisse", so Michael Schramm, Pressesprecher im Oberbergamt. Im Ergebnis verzichtete es auf sein Vorhaben. (grit)

Freie Presse 12.Mai 2004

Taura/Clausnitz/OT. Markersdorf. Viele Tauraer hat- ten es gestern Morgen aus der "Freien Presse" er- fahren: Im Ort wird es keinen Steinbruch geben. "Die Leute sind glücklich. Mehr kann ich gar nicht sagen", so Bürgermeister Klaus Vivius (parteilos). Auch die Claußnitzer können aufatmen. Die geolo- gische Untersuchungen des 120 Hektar großen Bergwerkfeldes "Bernd" in Taura und des 71 Hektar großen Feldes "Hugo" in Markersdorf brachten für die Sandwerke Biesern GmbH enttäuschende Er- gebnisse. Für die Bergbauberechtigungen "Bernd" und "Hugo" wird das Unternehmen deshalb die Auf- hebung beantragen, heißt es in einer Erklärung der Sandwerke und des Sächsischen Oberbergamtes. Die Abbaurechte hatten sich die Sandwerke auf- grund einer bis April 1996 geltenden Übergangsre-

gelung im Einigungsvertrag gesichert. Die Gemeinde Taura klagte gegen diese Probebohrungen. Erst Anfang des Jahres entschied das Oberverwaltungsgericht Bautzen zu Gunsten der Bergbehörde und der Sandwerke. Daraufhin erfolgten auf den Feldern "Bernd" und "Hugo" jeweils zwei Probebohrungen: Heidi Kutzke, Prokuristin der Sandwerke GmbH: "In beiden Gebieten ist abbauwürdiger Granulitstein vorhanden. Er liegt jedoch so tief, dass eine wirtschaftliche Auffahrung eines Steinbruchs unter heutigen Bedingungen nicht gegeben ist." Ohne Proteste gegen die Probebohrungen hätte das Ergebnis schon vor drei Jahren feststehen können, so die Prokuristin.

Helga Otto, Vorsitzende des Vereins für eine verantwortungsvolle Nutzung des Lebensraumes Claußnitz und Umgebung, wehrt sich gegen dieses Argument. "Probebohrungen sind der erste Schritt zum Gesteinsabbau. Wären die Ergebnisse für das Unternehmen lohnenswert ausgefallen, hätte es auch abgebaut." Wie sie freut sich auch Bürgermeister Günter Hermsdorf (CDU) über die Entscheidung: "Wir sind nicht generell gegen Gesteinsabbau. Die Claußnitzer leben mit zwei Steinbrüchen. Ein dritter wäre zu viel gewesen." (SO)

5. Netzwerke sind die Zukunft

Netzwerkstrukturen gehören zur Philosophie der GRÜNEN LIGA seit ihrer Gründung 1990. Demokratische, beteiligungsfreundliche Strukturen von Vereinen, Institution und Unternehmen, die eine glaubwürdige Gemeinwohlorientierung besitzen, haben direkten Einfluss auf die Bereitschaft der Freiwilligen längerfristig Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Hierzu ein Text von Willi Sieber aus: Kon.Texte,
http://www.ecology.at/files/kontexte/2002_2_12.pdf

Liebe kon.texte-Redaktion, kürzlich habt ihr mich gefragt, warum ich denn immer so »vom Netzwerken« schwärme, was ich daran so bemerkenswert und überaus wichtig finde und überhaupt: was das mit Wissenschaft – insbesondere mit deren transdisziplinärer Ausprägung – zu tun habe. Ich habe lange darüber nachgedacht und bin zu folgenden kurz gehaltenen (damit ihr etwas zum Nachdenken habt) Schlüssen gekommen: Netzwerke bilden das tragende Gerüst zukünftiger nachhaltiger Gesellschaften. Punkt. So ist es. Damit das auch einmal gesagt wäre.

Erstens weil die Teilnahme an einem, die Mitgliedschaft in einem Netzwerk freiwillig ist und auf »Commitment«, auf gegenseitigem Einverständnis beruht. Einverständnis mit den anderen Teilnehmerinnen und mit dem, was sie tun.

Zum **Zweiten**, weil Netzwerke nur funktionieren und auf längere Dauer Bestand haben, wenn alle Beteiligten größtmöglichen Nutzen daraus ziehen. Wenn die Einen die Anderen ausnehmen wollen, sagen die Anderen »Tschüss«, weil: Siehe erstens!

Drittens gerieren sich Netzwerke hierarchiefrei – na ja, sagen wir einmal: hierarchiearm. Ein wenig informelle Herrschaft wollen wir schon zulassen. Es lässt sich sowieso nicht vermeiden.

Aber wenn die Einen nur parieren, weil die Anderen bestimmen wollen, ist das Werk ziemlich flott futschikato. Do samma a bisserl sensibel. So viel wie nötig koordinieren, jede Menge organisieren, üppigst kommunizieren, das ja. Das ist das Substrat, aus dem die Fäden gesponnen werden. So hält das Netz zusammen.

Netzwerke erweisen sich **viertens**, weil flexibel, als ungeheuer anpassungsfähig. Nicht im Sinne von opportunistisch – Gott bewahre. Eher so, wie sich der Körper dem verringerten Sauerstoffangebot in großen Höhen durch Mehrproduktion roter Blutkörperchen anpasst, einfach so, weil's dem besseren Leben dient.

Wir kommen zum **fünften** Punkt und damit zur unglaublichen Innovationslust in Netzwerken. Weil sie soziale Konstrukte bilden, die zulassen anstatt behindern, lassen sie der schöpferischen Kraft ihrer Mitglieder freien Lauf.

Sechstens beleben Netzwerke die Sinne. Netzwerke gehen nicht in den Keller zum Lachen und verbarrikadieren sich auch nicht in Sitzungssälen. Sie leisten viel und feiern folgerichtig auch alle Feste, die so anfallen.

Überdies sind Netzwerke **siebtens** geradezu unanständig demokratisch. Dies nach erstens bis sechstens auch noch belegen zu wollen, hieße wohl Öl nach Texas zu tragen, oder so. Ist euch nun klar, dass Netzwerke das tragende Gerüst zukünftiger nachhaltiger Gesellschaften bilden? Na eben. Haben wir doch gleich gesagt.
Liebe Grüße Willi

PS: Netzwerke lassen sich nicht auf Millimeterpapier ausmessen und auch schlecht in Excel-Dateien pressen. Dazu sind sie dann doch zu »qualitativ« angelegt. Insofern stimmt das oben Geschriebene, aber halt mehr im Großen und Ganzen als in jedem Detail. In der rauen Praxis muss man sich auch beim Netzwerken mit ganz schön ärgerlichen Dingen herumschlagen. Also: Die reine Lehre ist gut und schön und die Wirklichkeit ist eben die Wirklichkeit. Aber diese Unschärfe macht das Netzwerken so interessant und lustbetont. Selbstverständlich auch wissenschaftlich – in diesem ganz besonderen transdisziplinären Sinn.

Der Autor, Willi Sieber ist Mitarbeiter des Ökologie-Instituts in Bregenz und beschäftigt sich mit Tourismus, Regionalentwicklung und Umweltmanagement – bevorzugt im Rahmen von Netzwerken.

Links

Ein paar Netzwerke, in denen Willi Sieber oder andere Mitarbeiter des Ökologie-Instituts mitmischen.

- E3building – Ein internationales Netzwerk für die gesamte Baubranche:
www.e3building.net
- Gemeindeforum »Allianz in den Alpen«
www.alpenallianz.org
- TENVORS – Netzwerk für berufsbegleitendes Lernen über nachhaltige Regionalentwicklung,
www.ecology.at

6. EU-Parlament fordert verschärfte Regeln für Bergbauschutt

Rund 100 Änderungen zum Entwurf der EU-Kommission

Die Europaparlamentarier/innen haben eine Straffung der EU-Regelungen zur Säuberung von Abraum und Abfall aus bestehenden und verlassenen Minen gefordert: etwa 100 Änderungen wurden an dem Entwurf der EU-Kommission vom letzten Sommer vorgenommen. Berichterstatter Jonas Sjöstedt rechnete vor, dass Minenabraum etwa ein Viertel des aufkommenden EU-Abfalls ausmacht und auch Unfälle wie vor kurzem in Spanien oder Rumänien gesenkt werden könnten. Die Betreiber wären verpflichtet, die Minen nach Beendigung der Abbautätigkeiten aufzuräumen. "Giftseen in stillgelegten Bergwerken sollten nun zur Vergangenheit gehören", sagte der Schwede von der Fraktion der Linken. Der WWF begrüßte die vom Parlament vorgenommenen Änderungen, die die Position des Umweltausschusses unterstützten.

Hauptforderungen des Parlaments

Mitgliedstaaten sollen innerhalb der nächsten drei Jahre eine Inventurliste ihrer geschlossenen und stillgelegten Bergwerke geordnet nach ihrem jeweiligen Umweltgefährdungsgrad vorlegen. Innerhalb eines weiteren Jahres sollen sie mit der Beseitigung der schlimmsten Gefahren beginnen. Es soll ein größeres Gewicht auf die Müllvermeidung und auf eine stärkere Beachtung der EU-Wasserrahmenrichtlinie gelegt werden. Schutzgebiete sollen besser gesichert sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Verschmutzung durch die Flutung unterirdischer Hohlräume oder zeitweise abgelagerten Oberbodens getroffen werden. Die Änderungsvorschläge müssen nun erst dem Ministerrat vorgelegt werden. Die Richtlinie wird nicht vor Ende des Jahres fertig gestellt sein. (jg)

Quelle: Environment Daily 1641

EU-Rundschreiben

Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)
Redaktionsbüro, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82, Fax -80, info-berlin@dnr.de
www.dnr.de/publikationen/infoservice

7. Studie: Behandelten Giftmüll besser unter Tage deponieren

Aus DNR-Rundbrief 04/04

Verwendung im Straßenbau oder auf Hausmülldeponien ist gefährlich

Eine neue Studie des Öko- Instituts hat die Verwertung gefährlicher Abfälle im Straßenbau und auf Hausmülldeponien untersucht.

Dabei verglichen die Wissenschaftler die Verwertung behandelter Abfälle über Tage mit dem Versatz unter Tage.

Das wichtigste Ergebnis der Untersuchung:

Aus ökologischer Sicht ist es besser, die Abfälle als Versatz in Salzlagerstätten unter Tage zu bringen. Auftraggeber des Darmstädter Instituts waren fünf Betreiber von Versatzbergwerken.

Nach Angaben des Instituts suchen Geschäftsleute immer wieder nach Wegen, die umweltgerechte, aber teure Entsorgung von giftigen Abfällen zu umgehen.

So geschieht es häufig, dass sie die Abfälle behandeln und dann auf dafür ungeeigneten Deponien oder im Landschafts- oder Straßenbau "verwerten". Wer behandelte Abfälle als Baustoff auf Hausmülldeponien verwendet oder im Landschafts- und Straßenbau einsetzt, gehe jedoch ein großes ökologisches Risiko ein, warnte ein Abfall- Experte aus dem Öko- Institut.

Nach seinen Worten besteht die Gefahr, dass langfristig Schadstoffe in Boden und Grundwasser eindringen.

Die Frage nach einer umweltgerechten Entsorgung gefährlicher mineralischer Abfälle erhält zunehmend Bedeutung, da ab 2005 keine unbehandelten Siedlungsabfälle mehr auf Hausmülldeponien abgelagert werden dürfen. (mbu)

• Kontakt/Informationen

Öko- Institut, Elisabethenstraße 55- 57,
64283 Darmstadt
Tel. 06151 / 8191- 0, Fax - 33
www.oeko.de

8. Einladung „Erfolgreiche Umweltkommunikation im Internet

Das Internet nimmt trotz der Krise des neuen Marktes ständig an Bedeutung zu. Nach der ARD/ZDF-Online Studie 2002 ist in den letzten fünf Jahren die Zahl der Internet-Nutzer in Deutschland um das Siebenfache gestiegen: 28,3 Mio. Erwachsene in Deutschland das entspricht 44,1 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren sind inzwischen online. Allerdings haben sich in den letzten Jahren die Zuwachsraten deutlich abgeschwächt, so dass bis 2005 mit einer Internetverbreitung von rund 55 Prozent zu rechnen ist.

Gleichzeitig wurde in der Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2002 ermittelt, dass 46 Prozent der Befragten sich „eher zu wenig“ über Umweltthemen informiert fühlen. Das Internet könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten. Bemerkenswert ist zudem, dass dieses subjektive Informationsdefizit in den letzten Jahren gestiegen ist.

Wann kann Umweltkommunikation über das Internet erfolgreich sein? Wie können abgestufte Infor-

mationskonzepte unter Einbeziehung unterschiedlicher Medien erfolgreich realisiert werden? Welche Erfolgskriterien gibt es für Informationskonzepte durch das Internet, die auch zu einer verstärkten Nutzung in der Zielgruppe führen?

Diese Fragen wurden in der Studie „Internetanwendungen im Natur- und Umweltschutz“ untersucht. Das Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK) hat dazu im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) rund 300 Internetseiten kursorisch bewertet, 146 Websites datenbank-technisch erfasst und 34 Websites per Telefoninterview untersucht bzw. ausgewertet und daraus praktische Erfolgskriterien abgeleitet.

Die Ergebnisse der Studie werden am Freitag, 11. Juni 2004 im Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK/Osnabrück) vorgestellt.

Programm:

Freitag, 11.06.2004

Uhrzeit

10:00 10:10 Begrüßung:

Dr.-Ing. E.h. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung

Moderation: Dr. Markus Große Ophoff,

Fachlicher Leiter, Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK)

10:10 11:15 Vorstellung der „Studie: Internetanwendungen im Natur- und Umweltschutz“

Ulrike Peters, DBU-Referat Umweltinformationsvermittlung; Stefan Rümmele, Andrea Kolf, Mark Probst (alle ZUK)

11:15 11:30 Kaffeepause

11:30 11:55 „Internetportale im Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ Matthias Barth, Universität Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation

11:55 12:15 „Internetverbreitung in Deutschland: Unerwartet hoher Zuwachs“ (ARD/ZDF-Online-Studie 2003), Beate Frees, ZDF-Medienforschung

12:15 13:15 Moderierte Diskussion:

"Studienergebnisse und daraus ableitbare Perspektiven für Internetanwendungen in der Umweltkommunikation"

Matthias Barth, Universität Lüneburg; Ulrike Peters, DBU; Beate Frees, ZDF-Medienforschung; Mark Probst und Stefan Rümmele, ZUK

Moderation: Thomas Pyhel, DBU-Referat Umweltbildung

13:15 14:00 Mittagessen

14:00 15:30 Vorstellung ausgewählter Internetpräsentationen: (jeweils 15-minütig)

- „PIUS-Internet-Portal“ www.pius-info.de, Henning H. Sittel, Geschäftsstelle Effizienz-Agentur NRW(DBU-Projekt)
- "Aktuelle Informationen, große Datenmengen die Internetseiten des BMU" www.bmu.de, Martina Hildebrand, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Internetredaktion
- „Der Solarserver – das Internetportal zur Sonnenenergie“ www.solarserver.de, Rolf Hug, Chefredakteur Heindl Server GmbH
- „futureins – Strategien für einen nachhaltigen Konsum- und Wirtschaftsstil“ www.futureins.de,

Dirk Wendland, Projektleiter Kampagne futureins Verbraucher-Zentrale NRW

- „Virtuelles Umweltbildungszentrum“ www.vuz-web.de, Katrin Echtermeyer, Lehrstuhl für Medienpädagogik und Weiterbildung, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig (DBU-Projekt)
- „Die Naturschutzgruppe Witten im Web“ www.nawit.de, Axel Steiner, EDV-Dozent

15:30 15:45 Kaffeepause

15:45 Workshops

(jeweils 30-minütig doppelt angeboten)

- Kommunikation und Interaktivität. Matthias Barth, Universität Lüneburg; Sven Geitmann, Redaktionsleitung Hydrogeit, www.energieportal24.de
- Barrierefreiheit. Prof. Dr.-Ing. Christian Bühler, Forschungsinstitut Technologie-Behindertenhilfe (FTB), Bereich der Evangelischen Stiftung Volmarstein
- Content-Management-Systeme. Mark Probst, Webdesigner ZUK/DBU www.dbu.de
- Evaluation/Umfrage/Log-file-Auswertung. Katrin Echtermeyer, Universität Leipzig; Dr. Markus Große Ophoff, ZUK

ca. 16:45 Ende der Veranstaltung

Tagungsort

Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gGmbH, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück.

Busverbindung

Ab Hauptbahnhof Osnabrück mit den Linien 31/33, 81/82 oder 91/92 ab Bussteig 1 bis zum Neumarkt. Dann weiter ab Bussteig A2 mit den Linien 11/12/13 oder 21 bis zur Haltestelle „Umweltstiftung“.

Einfach Anmeldung: Per Telefax an: Helga Kuhn, Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gGmbH, Fax 0541-96 33-9 90.

Die Teilnahmegebühr beträgt inkl. Tagungsverpflegung, Getränke, Tagungsunterlagen € 50,--.

Anmeldeschluss: 28. Mai 2004 [das geht bestimmt auch noch jetzt ☺]

Helga Kuhn, Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gGmbH, Fax 0541-96 33-9 90.

9. Handys gesucht

Unser Mitgliedsverein „Pro Wal- und Wüsteberg e.V. in Schönteichen ruft dazu auf, alte Handys zu sammeln.

„In Zusammenarbeit mit T-Mobile und der Deutschen Umwelthilfe sammeln wir Alt-Handys!! Inklusive Lade/Netzteil, egal ob funktionstüchtig oder defekt, unabhängig von einem Folge- oder Neuvertrag, ob nun Lade/Netzteil oder der Akku fehlt – kein Problem.

Künftig werden wir gemeinsam mit dem Fachgeschäft für Handys, dem „Funkladen in Kamenz“ (beim Kaufmarkt/OBI), alte Handys sammeln. Für jedes Handy erhält unser Verein 2,50 €. Die Handys können in dem oben genannten Fachgeschäft abgegeben oder in einem Umschlag an

Ronny Böhme
Landstraße 19
OT Schwosdorf
01920 Schönteichen
Tel: 03578/300390
geschickt werden.

10. Literaturtipp:

Fundraising und Finanzmanagement in Umweltgruppen

Die beiden nachfolgend vorgestellten Broschüren können Sie unter www.aktivum-online.de aus dem Internet herunterladen. In ihnen wird ein Thema angesprochen, das für viele Bürgerinitiativen keine Rolle spielt, weil sie sowieso immer zu wenig davon haben: Geld. Wie man sich diesem Thema auf unterschiedliche Weise nähern kann, lesen Sie in:

„Aktiv-Um“ Nr. 5, April 2004: Foundraising
Aus dem Inhalt:

Über Geld spricht man nicht, Geld hat man. Sehen Sie das auch so?

Dann sind Sie vermutlich kein Fundraiser, den sonst hätten Sie das Prinzip umgedreht und würden solche Gespräche aktiv suchen. In Umwelt- und Naturschutzinitiativen reden wir viel zu wenig über Geld. Oder besser:

Würden wir mehr über Geld reden, dann hätten wir mehr davon. Glauben Sie dem Gejammer nicht, dass die Zeiten immer schlechter werden und nirgends mehr Geld aufzutreiben ist! Das stimmt vielleicht für die öffentliche Hand – hier sprudeln die Quellen tatsächlich immer dürftiger. Doch es gibt zahlreiche Finanzierungsmöglichkeiten für Umwelt- und Naturschutzprojekte, die noch lange nicht ausgeschöpft sind:

Stiftungen, Privatspenden und Unternehmenssponsoring sind nur einige davon.

Natürlich müssen Sie etwas dafür tun, um dieses Geld zu bekommen.

Sie brauchen gute Ideen, müssen beharrlich und ausdauernd sein. Auch kommt es auf Ihr persönliches Auftreten, Ihr Verhandlungsgeschick und Ihre Überzeugungskraft an. Fundraising ist die Kunst, die Freude am Geben zu lehren, mit Betteln hat es nichts zu tun.

Lassen Sie uns also über Geld sprechen!

Aus „Aktiv-Um“ Nr. 6, Mai 2004 Haushaltsplanung

„Geld stinkt doch! Zumindest bekommt man diesen Eindruck, so wie Umweltgruppen häufig mit ihren knappen Mitteln umgehen.

„Geld soll nicht zum Hauptinhalt unserer Arbeit werden“, heißt es da, und Diskussionen über den Haushalt gelten als die Krönung der Langeweile. Ein Nachfolger für den Schatzmeister findet sich sowieso nie und oft weiß niemand so recht, wie viel Geld gerade vorhanden ist und wofür es eigentlich ausgegeben wird.

Doch wer den Pfennig nicht ehrt, vergibt viele Chancen, denn eine systematische Planung und Verwaltung der Finanzen lohnt sich: Wenn Sie den Überblick über Ihr Geld behalten, können Sie Projekte besser steuern.

Ihre Aktiven, die Sie in Finanzfragen einweihen und mitentscheiden lassen, sind motivierter. Und durch einen transparenten Umgang mit Geld verschaffen Sie Ihrer Organisation ein positives Image.

Außerdem – Finanzplanung ist gar nicht so schwer. Mit klaren Zielen, etwas Hintergrundwissen und dem richtigen Handwerkszeug sparen Sie Zeit und Geld und können sich voll der inhaltlichen Arbeit widmen.